

SPD-Stadtratsfraktion eröffnet Landtagswahlkampf mit Bruch-Landung in Landstuhl: Mainzer Innenminister wirbt mit „Schöner Wohnen-Programm“ für US-Militärs um westpfälzische Wähler!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 010/06 – 22.01.06**

Initiative der Landesregierung zur Verbesserung und Ausweitung des privaten Wohnungsangebotes für US-Familien

Wenn vor Wahlen von Wohnungsbauprogrammen die Rede ist, kommt doch kein normaler Mensch auf die Idee, dass es dabei nicht um ein verbessertes Wohnungsangebot für potentielle Wähler, sondern um Häuser für einen Personenkreis geht, der die Partei des Anpreisers überhaupt nicht wählen kann. Der noch amtierende rheinland-pfälzische SPD-Innenminister Karl Peter Bruch hat mit dieser Diskrepanz keine Probleme. Siegesgewiss vertraut er darauf, dass er auch nach der Landtagswahl am 26. März dieses Jahres in einem neuen Beck-Kabinett dessen für die Westpfalz fatale Politik fortsetzen kann. Es ist schon erstaunlich, wie überheblich und uneinsichtig die SPD sich dieser Wahl stellt. Die Stimmen der wenigen Leute, die sich an einem privat finanzierten Bauprogramm für US-Mieter beteiligen könnten oder schon jetzt von der Anwesenheit der US-Truppen profitieren, werden einen SPD-Wahlerfolg in der Westpfalz nicht sichern.

Eingeleitet wurde die seltsame Veranstaltung in der mit Frühlingsblumen dekorierten, Zehntenscheune in Landstuhl mit der unverzichtbaren „PowerPoint Präsentation“, zu der Referenten gerne greifen, wenn bunte Bildchen und plakative Phrasen fehlende stichhaltige Argumente ersetzen müssen.

Ministerialrat Hiller, der in Bruchs Auftrag das Wohnungsbauprogramm schon im Pentagon feilbieten musste, hatte den zahlreichen Besuchern aus Landstuhl und dem fluglärmgeplagten Umland außer vagen Absichtsklärungen kaum Konkretes anzubieten.

Nach seiner dürftigen Vorstellung ergriff der Herr Minister selbst das Wort, um den tieferen Sinn des Wohnungsbauvorhabens zu erläutern: Da Rheinland-Pfalz auch weiterhin auf den Schutz der US-Streitkräfte angewiesen sei, den die Bundeswehr nach Bruchs Meinung nicht leisten könne, sollten es die Gls hier richtig gemütlich haben. Die verpflichteten sich nämlich nur noch freiwillig bei der US-Air Force und Army, wenn sie in freistehenden Einzelhäusern oder Doppelhäusern mit reichlich Schlaf- und Badezimmern wohnen könnten. Reihenhäuser wären gerade noch den untersten Diensträngen zuzumuten. Da das Pentagon nicht über ausreichende Mittel verfüge (Die Milliarden des höchsten Militäretats aller Zeiten werden gerade in den laufenden Kriegen der Bush-Regierung verpulvert!), könnten in bestehenden Housing-Areas wie der Vogelweh nach Abriss größerer Wohnblocks nur etwa 700 Häuser mit US-Geld gebaut werden. Weil auch die Landesregierung etwas klamm ist (und schon 30 Millionen Euro für den US-Umzug aus Frankfurt „gespendet“ hat), sollen private Investoren die angeblich benötigten 2000 zusätzlichen Landhäuschen mit Villencharakter auf eigenes Risiko errichten.

Der Herr Minister lässt den möglichen Bedarf selbst erforschen und wartet – bisher vergeblich – auf eine angekündigte Bedarfsmeldung der US-Streitkräfte. Nach einem Abgleich der Bedarfsanalysen sollen noch in diesem Jahr die ersten Häuser gebaut werden. Bruch hat also noch keine verlässlichen Informationen, ob und wie viel neuer Wohnraum gebraucht wird. Er weiß aber heute schon, dass bestehende US-Mietverhältnisse nur an-

dauern, wenn sie den gleichen Komfort wie die noch zu errichtenden Neubauten bieten und nicht weiter als 15 Autominuten von der US-Air Base Ramstein entfernt liegen, wo künftig die meisten US-Amerikaner arbeiten und einkaufen sollen. Wir empfehlen allen betroffenen einheimischen Vermietern, schleunigst in Erfahrung zu bringen, wie komfortabel die geplanten Kleinwillen werden sollen und wo ihre US-Mieter arbeiten. Sollte die Ausstattung ihres vermieteten Anwesens nicht höchsten Ansprüchen genügen oder ihr US-Mieter länger als 15 Minuten zu seiner Arbeitsstelle unterwegs sein, wird er demnächst in ein „Bruch“-Haus umziehen.

Auch sonst jongliert der Herr Minister mit vielen Unbekannten. Er behauptet einfach, dass sich die Anzahl der US-Mieter in nächster Zukunft noch erhöhen wird, obwohl die US-Army gerade bestätigt hat, dass sie die 1st Infantry Division und die 1st Armored Division (Panzerdivision mit einer Brigade in Baumholder) in den nächsten vier Jahren komplett aus der Bundesrepublik abziehen und ihre Truppen in Europa von derzeit 62.000 auf dann nur noch 25.000 Soldaten verringern wird (STARS AND STRIPES, 21.01.06). Auch die US-Air Force wird sich weltweit um 40.000 Personen verkleinern.

Mögliche Investoren will Bruch mit der Aussage ködern, US-Mieter erhielten einen nach Dienstgrad gestaffelten monatlichen Mietzuschuss von 1500 bis 2500 US-Dollar. Dabei werden seit Januar 2006 nur noch abgesenkte Zuschläge zu den Lebenshaltungskosten (cost of living allowance, abgekürzt COLA) bezahlt. In der Kaiserslautern Military Community erhält ein Sergeant noch 634, ein Captain noch 743 Dollar monatlich (STARS AND STRIPES, 29.09.05).

Ob das neue US-Wohnghetto „Sequoia-Village“ bei Landstuhl errichtet wird, blieb wegen der hörbar wachsenden Empörung des Publikums offen. US-Mieter sollen sich mit Einheimischen „durchmischen“ und auch renovierte Altbauten in verödeten Ortskernen und in Neubaugebiete eingestreute Häuserzeilen beziehen. Nach Angaben Bruchs gibt es bereits genügend Großinvestoren, die entsprechende Projekte realisieren möchten. Interessierte Bürgermeister können sich melden. Gebaut wird aber nur in fluglärmarmen Bereichen, damit es wenigstens die US-Familien etwas ruhiger haben.

Niemand kann heute sagen, wie lange es sich eine deutsche Regierung noch leisten kann, US-Truppen von unserem Boden aus ihre völkerrechtswidrigen Kriege führen zu lassen. Niemand weiß, ob die US-Militärs bei einschränkenden Auflagen, die unser Grundgesetz zwingend vorschreibt, überhaupt noch hier bleiben wollen. Trotzdem lässt sich der Herr Minister wie ein trotziges Kleinkind gleich mehrfach zu der Äußerung hinreißen: „Ich will, dass die Amerikaner hier bleiben!“

Im Podium wird Bruch von der SPD-Landtagsabgeordneten Margit Mohr und SPD-Landrat Rolf Künne unterstützt. Aus dem Publikum sekundiert Dr. Klaus Weichel, derzeit noch Direktor der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt, der sich auf dieser Veranstaltung seiner Partei wohl auch als SPD-Kandidat für die OB-Wahl in Kaiserslautern im Gespräch halten wollte. Unisono besingen sie den „Wirtschaftsfaktor US-Streitkräfte mit den vielen Arbeitsplätzen“ und die angeblich daraus erwachsende „Wertschöpfung“ für die ganze Region. Belegt wird diese Aussage aber nur mit dem Hinweis auf den erhöhten Umsatz in Landstuhler Kneipen. Dabei stehen die Stadt und der Landkreis Kaiserslautern mit sämtlichen Verbandsgemeinden vor dem Bankrott, gerade weil die US-Streitkräfte nur hohe öffentliche Kosten verursachen, aber keinerlei Steuern zahlen. Dennoch ist die versammelte SPD-Prominenz nicht willens oder in der Lage auch nur eine zukunftssträchtige Alternative zu der Jahrzehnte andauernden US-Militärpräsenz aufzuzeigen oder auch nur einen realistischen Vorschlag zur Reduzierung der damit verbundenen unerträglichen Belastungen zu machen.

Der tägliche Fluglärmterror muss halt ertragen werden, man wohnt ja selbst weit weg oder in weniger belasteten Gemeinden. Klagen über das hohe Mietniveau, das junge Familien aus der Region vertreibt, und Forderungen nach einem finanziellen Ausgleich für den steigenden Wertverlust beim privaten Wohnungseigentum werden mit Ausflüchten zurückgewiesen. Für das jetzt schon zu bestimmten Zeiten zu beobachtende Verkehrschaos werden unbezahlbare Zukunftslösungen in Aussicht gestellt. Aber Erschließungs- und Folgekosten zu Lasten deutscher Steuerzahler sollen daraus angeblich nicht erwachsen. Von gehäuften Atemwegserkrankungen bei Kindern und einer stark erhöhten Krebsrate hat man noch nie etwas gehört.

Damit sich „unsere amerikanischen Gäste“ (Originalton Bruch!) bei uns wohl fühlen, müssen die Einheimischen eben Opfer bringen. Hauptsache, es finden sich genügend Investoren, die angeblich gut verdienen können.

Aus dem Publikum wird daran erinnert, dass nach eigenen Erfolgsmeldungen der Landesregierung auf ehemaligen US-Flugplätzen wie Zweibrücken oder Bitburg durch Konversionsprojekte mehr Arbeitsplätze entstanden sind, als bei der militärischen Nutzung jemals vorhanden waren. Dieses Argument ist den SPD-Herrschaften an diesem Abend aber eher unangenehm, weil es ihre ohnehin äußerst schwache Argumentation völlig durcheinander bringt.

Innenminister Bruch hat in Landstuhl unmissverständlich klar gemacht, was von einer Regierung unter SPD-Führung auch in Zukunft zu erwarten wäre: Die US-Streitkräfte sollen Rheinland-Pfalz – „ihren besten Standort auf der Welt“ – auch weiterhin uneingeschränkt nutzen können. Die SPD wird alles tun, um den US-Militärs den erhofften unbegrenzten Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Die Westpfälzer haben den täglichen Fluglärmterror, die gefährliche Schadstoffbelastung, das hohe Erkrankungsrisiko und die ständige Gefahr für Leib und Leben durch nukleare und andere Waffenlager oder den Lufttransport hochexplosiver Fracht auch weiterhin zu ertragen. Die laufenden Verstöße der US-Streitkräfte gegen das Völkerrecht, unsere Verfassung und unsere Gesetze lassen die SPD kalt.

Wahlredner gehen mit Geschenkpaketen hausieren, und alle Wähler wissen, dass es sich dabei um Mogelpackungen handelt. Herr Bruch hätte in seinem als „Impuls-Referat“ angekündigten Vortrag potentiellen SPD-Wählern in der Westpfalz doch zumindest völlig unverbindlich versprechen können: „Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um den Fluglärm zu verringern.“ Aber noch nicht einmal dazu hat er sich herabgelassen. „Geschenke“ hat er nur für die „amerikanischen Gäste“ mitgebracht, die seine Partei aber leider nicht wählen können. Gerade ein Minister sollte wissen, dass er mit einem derart dreist provozierenden Verhalten bei den entnervten und wieder einmal völlig leer ausgegangenen Westpfälzern nicht mehr landen kann. Sie könnten das der Partei des Herrn Bruch am 26. März heimzahlen. Der Herr Innenminister, der voreilig auf eine Kandidatur für den Landtag verzichtet hat, sollte sich nicht zu sehr darauf verlassen, dass er das auch nach der Wahl am 26. März noch ist. Beim Abstieg in sein altes Metier hätte er als Polizeipräsident nicht nur Weisungen von Referenten seines bisherigen Ministeriums auszuführen, sondern auch deutlich weniger Geld auf seinem Gehaltskonto.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern